
REZENSIONEN | REVIEWS

Mira L. Siegelberg: *Statelessness. A Modern History*, Cambridge/MA: Harvard University Press, 2020, 318 S.

Rezensiert von
Miriam Rürup, Potsdam

Lange war das Forschungsfeld zu Fragen von Staatsangehörigkeit weitgehend juristischen Abhandlungen vorbehalten, die häufig wie gutachterliche Stellungnahmen zu juristischen Problemfällen dieses besonderen Verhältnisses von Individuum und Staat gelesen werden konnten. Ein guter Teil der wissenschaftlichen Abhandlungen war demnach bisher eher dem Genre der Policy-Literatur als der historischen Erkenntnis zur Entstehung von Staatenlosigkeit zuzurechnen.[1] Ohnehin: während die Zahl der Publikationen und Tagungen zum Thema Staatsangehörigkeit etwa seit den 1990er Jahren beträchtlich gestiegen ist und einen wahren Aufschwung erfahren hat,[2] blieb die Geschichte ihres „Gegenstückes“, der Staatenlosigkeit, zunächst erstaunlich wenig berücksichtigt.[3]

Die hier vorliegende Arbeit von Mira L. Siegelberg liest sich demnach fast wie eine

Antwort auf den größeren Forschungskorpus zur Staatsangehörigkeit, der vielleicht am prägnantesten im Buch von Andreas Fahrmeir zu „Citizenship. The Rise and Fall of a Modern Concept“ hervortritt. Siegelbergs als Dissertation an der Universität Harvard entstandene Studie tritt mit nichts weniger an als dem titelgebenden Anspruch, eine moderne Geschichte der Staatenlosigkeit vorzulegen. Diesem Feld nähert sich die Autorin in sechs Schritten, die weitgehend chronologisch angeordnet sind und zugleich ihr Argument jeweils einen Schritt weiterbringen. Das Verständnis von internationalem Recht, so eines ihrer Hauptargumente, hat sich seit dem Ersten Weltkrieg gerade auch in Folge der juristischen und zum Teil auch philosophischen Debatten fundamental gewandelt. Wie sich dieser Wandel vollzog und wie ausgerechnet der Staat – und gerade *nicht* das internationale Recht als solches – schließlich zu dem Rahmen wurde, der die Rechte der Individuen garantieren und schützen konnte und sollte, ist Thema ihrer Arbeit. Mira Siegelberg wendet sich nicht nur juristischen und philosophischen Publikationen der sich mit Staatenlosigkeit beschäftigenden Zeitgenossen zu, sondern ergänzt diese auch durch umfangreiche Archivrecherchen. So bezieht sie unveröffentlichtes Material, etwa Briefwechsel und andere Überlieferungen aus persönlichen Nachläs-

sen der zu dem Themenfeld publizierenden zeitgenössischen Autoren mit ein.

In ihrer ideengeschichtlichen Darstellung der Vorgeschichte von Staatenlosigkeit im 18./19. Jh. arbeitet sie die zunehmenden Verengungen von Staatlichkeit und Zugehörigkeit heraus, die deren moderne Folge der Staatenlosigkeit überhaupt erst möglich machten: denn erst, wenn Rechte nur über eine politische und administrative Mitgliedschaft an eine partikulare Gruppe gekoppelt sind, wird die Frage des „richtigen Passes“ zu einer Frage der Zugehörigkeit. Schon die Forschungen etwa von Andreas Fahrmeir haben für den Fall der StaatsANgehörigkeit aufgezeigt, wie fundamental diese Wandlung war: bis zum 20. Jh. war der Pass vor allem ein instrumentell genutztes Vehikel für Reisen, Verkehr, Transport und Handel. Ein Symbol bzw. Ausweis der Zugehörigkeit wurde es erst mit der nationalstaatlichen Verengung, die auch den Verlust staatlicher Zugehörigkeit – eben die StaatenLOSigkeit – zu einer mindestens existenziellen, im NS dann gar lebensbedrohlichen Erfahrung werden ließ.

Dieser Wandlung geht Siegelberg im zweiten Kapitel nach, in dem sie sich dem Umgang mit Staatenlosigkeit in der Völkerbundzeit zuwendet. Die Entstehung und Verteilung eines neuen Ausweisdokumentes, des Nansen-Passes, der gewissermaßen zu einer vorweggenommenen Anerkennung von Staatenlosigkeit als eigener Kategorie führte – eine Entwicklung, die bislang vor allem für die Zeit der jüdischen Displaced-Persons angenommen wird –, ist dabei die Kernbeobachtung dieses Abschnittes.

In allen Kapiteln befasst sich die Autorin mit den juristischen Debatten und Diskussionen und liest die Texte ihrer Protagonisten

gewissermaßen mit- und gegeneinander. So leitet sie auch her, aus welchen Denkschulen und -richtungen die Diskutanten kommen und wie sich ihre Haltungen zum Umgang mit Staatenlosigkeit in ihr allgemeines Rechts- und Staatsverständnis einfügen. Daraus leitet sie zwei Lager von Juristen ab: die einen waren bemüht, Staatenlosigkeit gewissermaßen als eine von vielen juristischen Herausforderungen zu lesen, ohne sie als neue, das bisherige internationale Recht in nie zuvor dagewesener Weise infrage stellende Krise anzusehen. Die anderen wiederum betrachteten gerade das Problem der modernen Staatenlosen als beispielhaft für notwendige Neujustierungen der Vorstellungen von internationalem Recht und Völkerrecht.

Aus dieser Diskussion arbeitet sie sehr eindrucksvoll heraus, dass mit der Internationalisierung der Diskussion um Staatenlosigkeit auch zunehmend klarer wurde, dass die rein juristische Markierung als staatsangehörig/staatenlos, also eine formalisierte legale Zugehörigkeit, zunehmend von neuen Formen und Interpretationen von Zugehörigkeit verdrängt wurde. Dazu trugen wesentlich die Diskussionen um die Menschenrechte bei, die den Anspruch auf ein Recht auf Nationalität zugleich moralisch aufluden – das dann wiederum juristisch untermauert und gesichert werden musste. Auf diesen Wandel geht sie vor allem im fünften Kapitel ein, in dem es um die Auswirkungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs geht.

Die Autoren, die bei Siegelberg zu Wort kommen, sind vorwiegend Juristen europäischer und/oder US-amerikanischer Herkunft; viele von ihnen obendrein jüdisch – so etwa Hersch Lauterpacht, René Cassin, Paul Weis. Und natürlich wird auch Han-

nah Arendt Gegenstand der Diskussion. Dieser Teil ihres Buches zeigt die überaus faszinierende Form, mit der Siegelberg ihre Quellen präsentiert: Sie bringt die Texte gewissermaßen miteinander ins Gespräch. Gerade im Abschnitt zu Arendt zeigt sie, wie sich Quellen und ihre Lesarten verändern können und um wieviel vielschichtiger Arendts Ausführungen zur Staatenlosigkeit sind, als es in den verkürzten Zitaten in der Forschungsliteratur zuweilen den Anschein macht.

Zeitlich streckt Siegelberg ihre Arbeit zwar von der Vorgeschichte über die Zwischenkriegszeit bis in die 1960er Jahre, teils auch mit Ausführungen, die bis zur Gegenwart reichen und im Fazit gar die neuen Formen von Staatenlosigkeit (bzw. dem Verschwinden von Staaten) infolge des Klimawandels aufzeigen. Doch der Kern ihrer Beobachtungen und ihres Interesses liegt erkennbar in der Zwischenkriegszeit und den Auswirkungen der massenhaften, staatlich organisierten Ausbürgerung von Juden und Jüdinnen sowie der daraus folgenden zentralen europäischen Staatenlosigkeitserfahrung des 20. Jhs. – zuerst der Russen und Armenier (Stichwort: Nansen-Pass) und dann der jüdischen und nichtjüdischen ausgebürgerten Deutschen. Dabei interessieren sie weniger die Auswirkungen von Staatenlosigkeit auf die Betroffenen, sondern die Lesarten und Schlussfolgerungen innerhalb juristischer und vor allem rechtsphilosophischer Diskussionen von den 1920er bis in die 1940er und frühen 1950er Jahre.

In allen Kapiteln beschäftigt sich Siegelberg vor allem damit, die Veränderungen zu deuten und zu interpretieren, die von neuen Beschlüssen – wie etwa dem Nansen-Pass – bewirkt wurden. Demgegenüber tritt eine dichtere Betrachtung der Diskussionen in

den einzelnen Organisationen und Gremien in den Hintergrund. Sie interessiert sich mithin vor allem für die sich verändernden Ideen und Argumentationslinien der beteiligten Akteure innerhalb dieser Diskurse – die reale Praxis vor Ort ist dabei ebenso wenig Thema wie die konkreten, lebensweltlichen Auswirkungen. So ist die hier vorliegende Arbeit vor allem eine vorzügliche ideengeschichtliche Annäherung ans Thema, die jedoch ohne erfahrungsgeschichtlichen Bezug auskommt. Die Organisationen, die sich um die Probleme rund um Staatenlosigkeit bemühten, sind ebenso wenig Gegenstand von Siegelbergs Untersuchung wie die von Staatenlosigkeit Betroffenen. Dies bleibt weiteren Forschungen vorbehalten, die nicht ohne das hier vorgelegte Grundlagenwerk auskommen werden – zumal Siegelberg ihre Kapitel jeweils mit konkreten lebensgeschichtlichen Beispielen beginnt und damit die Bedeutung dieses Zugangs keineswegs verkennt. Staatenlosigkeit ist und bleibt in ihrem Buch erkennbar ein europäisches Thema. Europa ist der Ursprung der Staatenlosigkeit, die sie ins Zentrum stellt – und doch bleibt dieser geographische bzw. geopolitische Kontext eigentümlich blass. Europa ist kaum selbst Thema, aber auch die Frage, was sich am Umgang mit Staatenlosigkeit ändert, sobald das europäische Problem zu einem globalen Problem wird, bleibt ausgespart. So wird Europa höchstens zur Kulisse, etwa des Völkerbundes. Der Titel des – nebenbei bemerk: außergewöhnlich schön gestalteten! – Buches, das mit dem Anspruch daherkommt, nicht weniger als „Statelessness. A Modern History“ zu liefern, ist vielleicht ein bisschen groß gegriffen. Doch der immensen Relevanz des Themas wird er unbedingt gerecht, und das

zeigt sich sowohl am Einstieg in das Thema wie auch am Ausblick der Autorin. Denn gerade aktuelle Krisen – die Auswirkungen von Kriegen ebenso wie der Klimakatastrophe – führen uns allen vor Augen, wie bedeutsam Staatsangehörigkeit und wie fragil selbige ist, mithin wie bedrohlich der Verlust staatlichen Schutzes sein kann.

Anmerkungen:

- 1 M. Stiller, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit. Dargestellt anhand ausgewählter Beispiele aus Europa, Russland und den USA, Wien 2011.
- 2 D. Gosewinkel, Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2016; A. Fahrmeir, Citizenship. The Rise and Fall of a Modern Concept, New Haven 2007.
- 3 Ich selbst – dieser Disclaimer sei hier angebracht – arbeite seit einigen Jahren zu verschiedenen Aspekten des Umgangs mit Staatenlosigkeit und die Suche nach Antworten darauf. Insofern ist es sowohl erfreulich zu sehen, dass einige Themen und Zugänge auch hier aufgegriffen werden, wie es zugleich auch enttäuschend ist, wie wenig aus der europäischen Literatur zu der Thematik rezipiert wird. Siehe für eine weitere europäische Perspektive auf das Themenfeld K. Kollmeier, Staatenlos in einer staatlich geordneten Welt. Eine politische Signatur des 20. Jahrhunderts im Spannungsfeld von Souveränität, Menschenrechten und Zugehörigkeit, in: Neue Politische Literatur 57 (2012), S. 49–66.

Oliver Eberl: Naturzustand und Barbarei. Begründung und Kritik staatlicher Ordnung im Zeichen des Kolonialismus, Hamburg: Hamburger Edition, 2021, 552 S.

Rezensiert von
Stefan Kroll, Frankfurt am Main

Oliver Eberl beschreibt das Anliegen von „Naturzustand und Barbarei“ als einen „interne[n] Beitrag zur [...] Selbstaufklärung“ der „europäisch-westlichen politischen Theorie“ (S. 59). Das Ziel bestehe darin, der politischen Theorie „den Einfluss des kolonialen Blicks auf ihre Theoriebildung bewusst zu machen“ (S. 58). Eberl stapelt hier etwas tief, weil das Buch weit mehr als nur partikulare disziplinäre Interessen bedient. Das Feld der politischen Theorie schließt bei Eberl philosophische und theologische Texte ebenso ein, wie geschichts-, rechts- und sozialwissenschaftliche Quellen. Eberl schöpft aus allen diesen Quellen und verknüpft diese gekonnt zu einer ebenso spannenden wie lehrreichen Erzählung. Leserinnen und Leser die unterschiedlichen disziplinären Perspektiven, die an den Themen Kolonialismus und Postkolonialismus arbeiten, können Eberl mit Gewinn lesen.

Der Gegenstand der Erzählung ist der Begriff der „Barbarei“, seiner Begründungen und Verwendungen in unterschiedlichen historischen Phasen der Ideengeschichte des Kolonialismus. Der Begriff der „Barbarei“ ist dabei so eng mit dem Kolonialismus